

Die Befragung soll auch gezeigt haben, daß private Unternehmer starkes Interesse an solchen Fragen hätten wie Chinas Bemühungen um einen GATT-Beitritt, die Wahl des nicht-KP-Mitglieds und bekannten Geschäftsmannes Rong Yiren zu einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten und die größere Zahl von Privatunternehmern im NVK. (XNA, 26.8.93) -schü-

## Taiwan

**\*(36)**  
**Sieben lateinamerikanische Staaten fordern die Wiederaufnahme Taiwans in die UNO**

Am 6. August haben sieben lateinamerikanische Staaten (El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Panama und Belize) in einem Brief an UN-Generalsekretär Butros Ghali gefordert, die Frage der Wiederaufnahme der Republik China in Taiwan in die Weltorganisation auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung im September d.J. zu bringen. (LHB, 9.-10.8.93; FCJ, 13.8.93). Am 25. Oktober 1971 war Taiwan gezwungen worden, die UNO zu verlassen, nachdem die Vollversammlung im 2758. Beschluß die Regierung Beijing als Vertreter Chinas anerkannt hatte.

Ob der neue Antrag der lateinamerikanischen Länder überhaupt auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt werden kann, muß zuerst vom Generalauschuß (General Commit-

tee) der UNO mit 29 Mitgliedstaaten mehrheitlich entschieden werden. In der Vollversammlung ist für die Entscheidung über einen "wichtigen Beschluß" wie den genannten 2758. Beschluß eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Von den 183 UN-Mitgliedstaaten haben nur 25 diplomatische Beziehungen zu Taiwan. Im Generalauschuß der letzten Vollversammlung anerkennen nur vier Staaten die Republik China. Am 12. August wiederholte der Sprecher des Außenministeriums in Beijing den Widerstand gegen eine Rückkehr Taiwans in die UNO. (DGB, 14.8.93) Am 31. August haben das Amt für Taiwan-Angelegenheiten und das Presseamt des Staatsrats der VR China in einem Weißbuch unter dem Titel "Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas" den gleichen Standpunkt noch einmal nachdrücklich wiederholt. (Ein Reprint des Dokuments in deutscher Übersetzung wird im nächsten Heft von *China aktuell* veröffentlicht.) - ni -

**\*(37)**  
**Beziehungen zu den westafrikanischen Staaten Nigeria und Liberia**

Pressemeldungen Taiwans zufolge wurde die "Handelsmission der Republik China" in Nigeria auf die Ebene eines Generalkonsulats der Republik China angehoben. Damit unterhalten nun zwei Staaten trotz ihrer diplomatischen Beziehungen mit Beijing Konsularbeziehungen zu Taipei - der andere Staat ist Lettland. (LHB und CP, 14.8.93)

Am 10. August meldete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur XNA, daß die provisorische Regierung von

Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und gleichzeitig ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hätte. (DGB, 12.8.93) Aber Taipei behauptete, daß es von Liberia keine diesbezügliche Erklärung erhalten habe. Sein Botschafter, der infolge des Bürgerkriegs Liberia verlassen hat, werde nach der Auflösung der provisorischen und der Bildung einer Übergangsregierung nach Monrovia zurückkehren. In den letzten drei Jahren habe Taiwan 6.000 t Reis und Düngemittel an Liberia geliefert. Für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China habe die provisorische Regierung Liberias von Beijing eine Finanzhilfe von 350 Mio. US\$ verlangt, sagte das Außenministerium in Taipei. (LHB, 12. u. 18.8.93; ZZ, 20.8.93) - ni -

**\*(38)**  
**14. Parteitag der Regierungspartei KMT: Alles zum Besten oder alles unter den Teppich gekehrt?**

Vom 16. bis 22. August fand der 14. Parteitag der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) in Taipei statt, an dem 2.100 Delegierte teilnahmen. Zum erstenmal in der 99jährigen Geschichte der Partei wurde am 18. August der Parteivorsitzende statt per Akklamation per geheimer Abstimmung durch die Delegierten gewählt. Ohne Gegenkandidaten wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 70) in diesem Amt bestätigt. Neu ist, daß am gleichen Tag auch vier Vizeparteivorsitzende gewählt wurden: Li Yuanqu (Li Yuan-zu, 70), Hao Bocun (Hau Peitsun, 74), Lin Yanggang (Lin Yangkang, 66) und Lian Zhan (Lien Chan, 57); dabei wurde allerdings nicht mehr geheime Wahl, sondern Abstimmung durch Handzeichen praktiziert.

Seit Jahren gibt es innerhalb der Partei vehemente Flügelkämpfe zwischen der sog. "Zhuliupai" (Hauptströmung) und der "Feizhuliupai" (Nicht-Hauptströmung). Während die erste Gruppe überwiegend aus einheimischen Insulanern um Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Li Denghui besteht und immer mehr zur Unabhängigkeit Taiwans vom chinesischen Festland tendiert, hält die zweite Gruppe, hauptsächlich bestehend aus gebürtigen "Festländern", an dem Standpunkt der Einheit Chinas und an der Staatsräson der "Republik China" fest. Anfang des Jahres erreichte der Machtkampf einen Höhepunkt. Da in dem Ende Dezember des vergangenen Jahres in Taiwan zum erstenmal vollstän-



(FCJ, 20.8.93)

dig neu gewählten Gesetzgebungsyuan (Parlament) die Gruppe der Nichthauptströmung die Mehrheit verlor und Präsident Li seinen Protegé Lian Zhan zum neuen Ministerpräsidenten ernennen wollte, war Hao gezwungen, dieses Amt aufzugeben. Für den "freiwilligen Rücktritt" Haos versprach der Parteivorsitzende damals, auf dem 14. Parteitag ein neues Amt des Vizeparteivorsitzenden für Hao zu schaffen. Doch am Vorabend des Parteitages hatte es Gerüchte gegeben, daß kein solches Amt eingeführt werden solle.

Um eine Mehrheit zugunsten der Hauptströmungsgruppe zu sichern, ließ die Parteiführung trotz des Widerstandes der Nichthauptströmungsgruppe 700 KMT-Parlamentarier auf Zentral- und Provinzregierungsebene ohne Wahl durch die Parteibasis automatisch als Ex-officio-Delegierte am Parteitag teilnehmen, weil sie überwiegend Einheimische, für Li Denghui und gegen Hao Bocun waren. Einschließlich zahlreicher anderer Manöver machte es so den Eindruck, daß die Hauptströmung nach der Eroberung des Regierungsapparates der Nichthauptströmung auch in der Partei einen Vernichtungsschlag zu liefern plante. Aus Protest waren einige prominente jüngere Anhänger der Nichthauptströmung kurz vor dem Parteitag aus der Partei ausgetreten und hatten eine "Neue Partei" gegründet. Am Vorabend des Parteitages gab es vor dem Tagungsgebäude eine Demonstration von Anhängern der Nichthauptströmungsgruppe mit Transparenten gegen den Parteivorsitzenden Li Denghui, die von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurde.

Am 17. August kam es zur äußersten Anspannung, als der Antrag auf die Einführung des Amtes eines Vizeparteivorsitzenden zur Abstimmung vorgelegt wurde. Da es eine Änderung des Parteistatuts betraf, war eine Dreiviertelmehrheit der Stimmen erforderlich. Schätzungsweise gehören nur rund 400 der 2.100 Delegierten zum Nichthauptströmungsflügel. Nach heftigen Debatten einschließlich lauten Schimpfens und einer Schlägerei stimmten überraschend 1.007 der insgesamt 1.648 anwesenden Delegierten für die Einführung des neuen Amtes. Es fehlten nur 91 Stimmen für die Zweidrittelmehrheit, aber es war eine deutliche große Mehrheit. Daraufhin forderten die Anhänger der Nichthauptströmung eine Wiederholung der Abstimmung. Dies lehnte die Hauptströmung ab. Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen.

Aus Furcht vor einer endgültigen Spaltung der Partei sowie vor einem möglichen schlechten Ergebnis für ihn bei der Vorsitzendenwahl entschied Li Denghui nach Beratung mit seinen engsten Mitarbeitern schließlich, sich für die Einführung "einiger Ämter" des Vizeparteivorsitzenden einzusetzen. Daraufhin wurde von den Delegierten bei der Wiederaufnahme der Sitzung am gleichen Tag nach einem Appell Lis zur Solidarität die diesbezügliche Satzungsänderung durch Akklamation verabschiedet. Am folgenden Tag, dem 18. August, schlug Li nach seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden dem Parteitag die Wahl von Li Yuancu, Hao Bocun, Lin Yanggang und Lian Zhan zu seinen Stellvertretern vor, die von den Delegierten per "Paketabstimmung" (Listenwahl) und Handerhebung einstimmig akzeptiert wurden. Bei der geheimen Vorsitzendenwahl erhielt Li selbst 1.686 oder 82,5% der 2.043 abgegebenen Stimmen; es gab 357 ungültige Stimmen, die auch als Stimmen gegen ihn bewertet wurden. Vor fünf Jahren war er beim 13. Parteitag von 99,3% oder 1.176 der 1.184 anwesenden Delegierten durch Aufstehen zum Vorsitzenden gewählt worden, 8 waren aus Protest gegen die undemokratische Wahlmethode nicht aufgestanden.

Unter den vier Vizeparteivorsitzenden gilt neben Hao Bocun auch Lin Yanggang, der in der Regierung das Amt des Justizyuan-Präsidenten bekleidet und gute Beziehungen zur Nichthauptströmung hat, als ein politischer Rivale von Li Denghui. Li Yuancu und Lian Zhan, die das Regierungsamt des Vizestaatspräsidenten bzw. des Ministerpräsidenten innehaben, sind Vertraute von Staatspräsident und Parteivorsitzenden Li Denghui. Es zeigt sich, daß die Ämtervergabe so arrangiert wurde, daß ein Gleichgewicht zwischen den beiden Flügeln hergestellt wurde.

Große Aufregung gab es auch bei den Wahlen von Mitgliedern des neuen Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der Partei am 19. August. Hier kämpften nicht nur die Hauptströmung und die Nichthauptströmung gegeneinander, sondern auch viele Gruppierungen innerhalb der Hauptströmung untereinander. Von verschiedenen Manipulationen wie z.B. Stimmenkauf und -austausch war die Rede. So konnten von den von der Parteiführung aufgestellten 210 Kandidaten nur 152 oder 72,3% gewählt werden. Die Nichthauptströmung konnte schätzungsweise immerhin noch 20% der 210 Sitze erringen.

Auch bei den Wahlen der 16 Mitglieder des Ständigen Komitees des ZEK kamen zwei der von der Parteiführung aufgestellten Kandidaten nicht durch. 15 weitere Mitglieder desselben Komitees wurden vom Parteivorsitzenden ernannt. Neben der Nichthauptströmung beklagten sich auch verschiedene Gruppierungen der Delegierten aus Wirtschaft, Parlamentsorganen und lokale Kräfte, daß sie in diesem höchsten Parteigremium nicht ausreichend vertreten seien. (ZZ, 27.8.93; XXW, No. 337, 22.-28.8.93; LHB, 18.-24.8.93)

Durch die Neumischung der Karten auf dem 14. Parteitag ist der Einfluß der Nichthauptströmung in der Partei zwar geschwächt, aber nicht beseitigt. Auf der anderen Seite sind die Widersprüche innerhalb der Hauptströmung gewachsen. Darüber hinaus ging es auf dem Parteitag in erster Linie um die neue Machtverteilung; brennende politische Probleme wie Verfassungsänderung bezüglich der Regierungsform und die Beziehungen zum chinesischen Festland wurden kaum diskutiert. - ni -

\*(39)

#### Neue politische Partei CNP gegründet

Angesichts des heftigen Flügelkampfes zwischen der "Haupt-" und "Nichthauptströmung" innerhalb der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) ist eine Gruppe von Elitemitgliedern der jüngeren Generation, die zum Pan-Nichthauptströmungsflügel gehörte, am 10. August - kurz vor dem 14. Parteitag der KMT - aus der KMT ausgetreten und hat eine neue Partei mit dem Namen "Chinese New Party" (CNP) gegründet. Sie ist die 74. offiziell registrierte politische Partei in Taiwan. Da sechs ihrer Gründungsmitglieder Abgeordnete des Gesetzgebungsyuan (Parlaments) sind, rechnet man die CNP hinter der KMT und DPP (Democratic Progressive Party) zur dritten politischen Macht im Lande. (LHB und CP, 10.-11.8., 23.8.93; FCJ, 13.8.93)

Laut ihrer Gründungsdeklaration vertritt die CNP die "kleinen Leute" und wendet sich gegen den Geldeinfluß großer Unternehmen auf die Politik. Sie hält an den Ideen von Sun Yat-sen (Sun Yixian), dem KMT-Gründer, fest, will aber organisatorisch keine straffe Kaderpartei wie die KMT oder DPP sein, sondern eine "weiche" Partei oder "Wahlpartei" nach dem Modell der US-Parteien. In der Politik möchte sie die Rolle des Züngleins an der Waage zwischen der KMT und der DPP spie-

len. Sie befürwortet Verhandlungen mit den chinesischen Kommunisten, die Aufnahme direkter Verbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und die Bildung eines "großchinesischen Wirtschaftskreises". Wie ihre Vorläuferorganisation "Neue Allianz der KMT" ist die CNP energisch gegen eine Unabhängigkeit Taiwans und besteht auf die Einheit Chinas.

Jüngsten Meldungen zufolge hat die CNP bereits 40.000 Mitglieder - so viele wie die DPP. (LHB, 5.9.93; vgl. ZZ, Nr. 207, 21.5.93) - ni -

---

## Hongkong und Macau

---

\*(40)

### Vertrauen deutscher und japanischer Unternehmen in die Zukunft Hongkongs unverändert

Die britische Kronkolonie Hongkong bleibe für deutsche Unternehmen kurzfristig ein wichtiges Tor für die VR China. Längerfristig glauben sie jedoch mehrheitlich, ihre Geschäfte direkt in der Volksrepublik abwickeln zu können. Dies sind Ergebnisse einer Umfrage unter deutschen Firmen in Hongkong und in der VR China. Sie wurde von der German Business Assn. of Hongkong (GBA) im Mai durchgeführt.

Insgesamt antworteten knapp 100 Unternehmen auf die Fragen. Drei Viertel von ihnen sind in Hongkong ansässig. Keine der Firmen mit Sitz in Hongkong will das Territorium nach der Übergabe an China 1997 aus politischen Gründen verlassen. Die Hälfte der Befragten geht davon aus, daß sich die Rolle Hongkongs als ein wirtschaftliches Zentrum in der Zukunft nicht verändern wird. 35% glauben sogar, daß sich die Position der Stadt sogar verstärkt. Für die meisten der befragten Unternehmen dient derzeit Hongkong als Sprungbrett für den chinesischen Markt.

Deutsche Firmen sehen sich, wie Unternehmen anderer Länder auch, bei der Erschließung des Marktes in China einer Reihe von Problemen gegenüber. In der Umfrage wurden als häufigste die Bürokratie und die mangelnde Rechtssicherheit genannt. Daneben haben die Firmen Probleme mit dem

Personal. Außerdem beklagen sie die Mängel in der Infrastruktur und in der Telekommunikation sowie die nicht immer zuverlässige Abwicklung des Zahlungsverkehrs auf der chinesischen Seite.

Eine unzureichende Infrastruktur, politische Risiken und Arbeitsprobleme sind die Hauptkritikpunkte, die japanische Firmen mit Sitz in Hongkong gegen ein Engagement in China vorbrachten. Sie äußerten dies in einer Umfrage für die japanischsprachige *Hongkong Business Post*. Von 900 angeschriebenen Unternehmen antworteten 181.

Die Erhebung erbrachte ferner, daß 38% der Firmen in den nächsten ein bis zwei Jahren ihre Investitionen in der Kronkolonie ausweiten wollen. Weitere 55% beabsichtigen, ihre Anlagen auf dem derzeitigen Niveau zu halten. 39% der Befragten haben von Hongkong aus bereits in der VR China investiert. 29% haben entsprechende Pläne. Für weitere 27% steht kein China-Engagement an.

Die politischen Reformbemühungen von Gouverneur Patten halten die japanischen Firmen mehrheitlich für nicht gut. Sie befürchten, daß China verärgert wird und sich dies negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Hongkongs auswirken könnte. (NfA, 10.8.93) -ni-

\*(41)

### Dämpfung der Konjunktur Hongkongs durch Chinas Austeritätsprogramm befürchtet

Die Maßnahmen zur Abkühlung der überhitzten chinesischen Konjunktur werden sich kurzfristig negativ auf das Wachstum der Wirtschaft Hongkongs auswirken. Auch das psychologische Klima bei Verbrauchern und Investoren verschlechtert sich. Auf längere Sicht dürfte die britische Kronkolonie allerdings von einer umgestalteten chinesischen Volkswirtschaft profitieren. Zu diesen Ergebnissen kommt ein Bericht der Hongkong Bank.

Die Bank sagt voraus, daß Hongkongs Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 0,4 Prozentpunkte und 1994 um weitere 1,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird, als ursprünglich geschätzt worden ist. Die Regierung der Kronkolonie geht dabei für 1993 von einem BIP-Zuwachs in Höhe von real 5,5% aus.

Die Effekte, so der Bericht, dürften vor allem bei den direkt für China bestimmten Ausfuhren fühlbar sein. Weniger problematisch sei wahrscheinlich dagegen die Situation bei den Wiederausfuhren aus der nach China verlagerten Produktion.

Der Anstieg der Preise in Hongkong wird durch die deflationären Maßnahmen in China voraussichtlich weiter begrenzt. Die Bank erwartet hiervon jedoch keine nachhaltigen Einflüsse. Sie rechnet in ihrer Prognose mit einer um lediglich 0,12 Prozentpunkte niedriger ausfallenden Preissteigerungsrate. Die Regierung geht für 1993 von einer Inflationsrate in Höhe von 9,5% aus.

Viel stärker spürbar wird das Austeritätsprogramm voraussichtlich bei den Hongkonger Investitionen in China, besonders bei solchen in den Konsumgüter- und Immobilienmärkten. Hier dürfte es zu Verschiebungen oder gar zur Aufgabe von Vorhaben kommen. Auch die chinesischen Anlagen in der Kronkolonie könnten sich angesichts geringerer Mittel abschwächen.

Auf längere Sicht, so die Bank, kann Hongkong jedoch von einer stabilisierten chinesischen Wirtschaft nur profitieren. Zudem werde sich der Abfluß von Kapital aus Hongkong in Grenzen halten, wenn die Erträge aus Investitionen in die Kronkolonie auch weiterhin hoch bleiben. (NfA, 11.8.93) -ni-

\*(42)

### Macaus Handelsdefizit im ersten Halbjahr d.J. gestiegen

Macaus Außenhandel hatte in den ersten sechs Monaten d.J. ein Defizit von 1,6 Mrd. Patacas (umgerechnet 205 Mio.US\$) zu verzeichnen, 14% höher als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Während die Exporte von Januar bis Juni beim Jahresvergleich um 3,1% auf 6,2 Mrd. Patacas (795 Mio.US\$) fielen, stiegen die Importe um 0,2% auf 7,8 Mrd. Patacas (1 Mrd.US\$).

Die USA bleiben mit einem Anteil von 32,2% an den Gesamtexporten Macaus der wichtigste Markt für die portugiesische Enklave. Auf dem asiatisch-pazifischen Markt ist der Absatz der Produkte Macaus im genannten Zeitraum um 8,2% gestiegen, was hauptsächlich der Ausweitung der Exporte nach der VR China und Taiwan zu verdanken ist. (XNA, 24.8.93) -ni-